

## **Keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr**

Adressaten: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand

Wir fordern die Bundesregierung auf, von der Beschaffung bewaffneter Drohnen abzusehen.

Durch den Einsatz bewaffneter Drohnen sinkt die Hemmschwelle für die Beteiligung an bewaffneten Konflikten. Anstatt SoldatInnen und Material mit enormem Aufwand in den Kampfeinsatz zu schicken, lässt es sich bequem und gefahrlos für die eigenen Soldatinnen und Soldaten vom Joystick aus operieren. Drohnen lassen sich auch flexibel über Ländergrenzen hinweg einsetzen. Die Bundeswehr sollte sich aber auf das besinnen, was sie nach dem Grundgesetz ist: eine Verteidigungsarmee. Menschenrechte, Demokratie und Frieden setzt man nicht mit Drohnen oder militärischen Interventionen, sondern mit internationalem politischem Handeln durch.

Insbesondere die mit bewaffneten Drohnen durchgeführte Praxis der präventiven Tötung von vermeintlichen Terroristen außerhalb von Kriegsgebieten ist völkerrechtlich keinesfalls gedeckt und die Erfahrung zeigt, dass dies keineswegs mit „chirurgischer Präzision“ gelingt, sondern Zivilistinnen und Zivilisten viel zu häufig in den Fokus der Kampfdrohnen geraten. Auch wenn BefürworterInnen der Drohnentechnologie einen solchen Einsatzzweck oftmals ablehnen, wird durch die Beschaffung bewaffneter Drohnen erst die technologische Grundlage für einen solchen Einsatz geschaffen.

Wir lehnen Kampfdrohnen ab, weil ihr Einsatz die Schwelle zu bewaffneten Aggressionen weiter senkt, „gezielte“ Tötung von Menschen innerhalb und außerhalb von Kriegen ermöglicht - ohne Anklage, Verfahren und Urteil.